



Ausgabe Nr. 98 - Dezember 2011

Sicherheit in Bus und Bahn

Städtischen Vollzugsdienst kostenlos befördern

Die CDU-Fraktion hatte in einem Antrag an die Stadtverwaltung angeregt, dass städtische Mitarbeiter des Vollzugsdienstes in Uniform die Fahrzeuge der Stuttgarter Straßenbahnen AG kostenlos nutzen dürfen. Dies mit der Absicht, die Sicherheit für alle Fahrgäste zu erhöhen, analog zu der Regelung, wonach auch Polizisten des Bundes und des Landes, wenn sie in Uniform sind, die Deutsche Bahn und die SSB unentgeltlich nutzen dürfen, etwa auf dem Weg zum Dienst oder nach Hause.



Die Stadträte Alexander Kotz, Dieter Wahl und Jürgen Sauer sind über die rasche Umsetzung ihrer Idee für mehr Sicherheit in den Stuttgarter Stadtbahnen und Bussen erfreut.

„Es ist sehr erfreulich, dass unsere Initiative Früchte getragen hat“, erklären die Stadträte Alexander Kotz, Dieter Wahl und Jürgen Sauer: „dass das zuständige Gremium des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart die Anregung aufgegriffen hat und die neue Regelung anstrebt, die für alle Fahrzeuge der SSB gelten soll.“ Zum einen könne dadurch das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste erhöht werden. Zum anderen werde die zusätzliche Präsenz uniformierter Beschäftigter des städtischen Vollzugsdienstes auf potentielle Straftäter abschreckend wirken.

Öffentliche Sicherheit ist ein hohes gesellschaftliches Gut, das man besonders schätzt, wenn man einmal in einer Stadt war, wo diese fehlt beziehungsweise in viel geringerem Maße vorhanden ist als hierzulande. Deshalb muss die Politik stets bestrebt sein, diese effektiv hoch zu halten.

KURZ INFORMIERT

Schulentwicklung

Auf zukünftige Notwendigkeiten reagieren

Die städtische Vorlage zur Schulentwicklungsplanung gibt dem Gemeinderat Handlungsempfehlungen, die bis 2020 umgesetzt werden sollen. Durch die Beteiligung der Bürger, Schulen mit Schulleitung, Lehrer, Eltern und Bezirksbeiräte wird versucht, breite Akzeptanz zu erreichen.

Die CDU-Fraktion hat auf der Grundlage der von der Verwaltung vorgebrachten Vorschläge Überlegungen zu darüber hinaus gehenden Maßnahmen entwickelt und beispielsweise beantragt, aufgrund der Schulzusammenführung in Stammheim die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule zu prüfen. Geprüft haben will sie auch, ob im Zuge der Erstellung des Raumprogramms für die Gustav-Werner-Schule, die Uhlandschule, die Rilke-Realschule und das



Stadträtin Iris Ripsam,
schulpolitische
Sprecherin

Ferdinand-Porsche-Gymnasium eine Campus-Lösung sinnvoll ist, dergestalt, dass Mensa, Pausenhof und Aula gemeinsam genutzt werden können. Zu prüfen ist ebenso, ob inklusive Beschulungen an diesem Schulstandort möglich sind.

Zur Stärkung des Schulstandorts ist aus Sicht der CDU weiter zu prüfen, ob sich die Altenburgschule oder die Elise-von-König Schule für eine Gemeinschaftsschule eignen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Iris Ripsam, erklärt: „Die CDU wollte auch gern geprüft haben, ob die Altenburgschule in eine Realschule überführt werden kann, was aber aufgrund sachfremdem und in Ideologie verhaftetem Denken von Grünen-, SPD- und Linken-Fraktion von vornherein einfach verhindert worden ist, um beide Schulen ausschließlich als Gemeinschaftsschulen zu prüfen.“ Eine Campus-Lösung ist des Weiteren für die Verbundschule Rohr, die Pestalozzischule, die Robert-Koch-Realschule und das Hegel-Gymnasium zu prüfen.

Auf Antrag der CDU wird der Unterausschuss Schulsanierungen um die Schulentwicklungsplanung erweitert. Iris Ripsam: „So kann der Planungsprozess in geeigneter Weise begleitet werden.“

Schöne neue Bibliothek ...

... mit zu wenig Besucheraufzügen

Die neue Bibliothek ist seit ihrer Eröffnung ein Besuchermagnet. Doch obwohl die ersten Tage der ganz großen Besucherströme vorbei sind und jetzt der normale Besucherverkehr vorherrscht, zeigte sich ein bedeutender Mangel bei der Aufzugskapazität. Sie ist, selbst wenn zusätzlich der Lastenaufzug zusätzlich zur Besucherbeförderung eingesetzt wird, viel zu gering. Besucher müssen warten, warten, ... bis sie Platz in einem Aufzug finden. Sehr unbefriedigend ist – wenn man beispielsweise von einer oberen Etage seine Fahrt fortsetzen möchte –, dass annähernd jeder haltende Aufzug bereits voll besetzt ist.

Um diesen gravierenden Mangel der wunderschönen Bibliothek zu beheben – und zwar nicht, indem die Besucherzahl reduziert, sondern indem die Beförderungskapazität der Aufzüge erhöht wird – haben die Stadträte Dieter Wahl und Jürgen Sauer Berichterstattung darüber beantragt, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Danach stellt nur der Einbau eines dritten Aufzugs, der im Zuge von Sparmaßnahmen nicht eingebaut worden war, eine echte Problemlösung dar. „Dass der Gemeinderat unserer Forderung gefolgt ist, die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 400.000,- Euro bereitzustellen, ist sehr begrüßenswert“, so die beiden Stadträte. „Ein Erfolg für die Besucher.“

Anträge der CDU-Fraktion

- **Knabenchor Collegium Iuvenum**
2.12.11 Nr. 865/2011
- **Ja zum mobilen „Moritz“ – aber mit umweltschonender Antriebstechnik**
2.12.11 Nr. 864/2011
- **Einbindung Sportvereine in Sportangebote der Ganztageschule**
1.12.11 Nr. 860/2011
- **Partikelfilter Dieselfahrzeuge – finanzielle Unterstützung**
28.11.11 Nr. 856/2011
- **Klinikum**
28.11.11 Nr. 855/2011
- **Ein Ort für das Kommunale Kino**
24.11.11 Nr. 853/2011
- **Neue Bibliothek – zu wenig Aufzüge**
17.11.11 Nr. 847/2011

Mobilität von morgen

Stuttgart soll Vorbildfunktion in Europa haben

Das Thema Mobilität gehört für die CDU zu den „Dauerbrennern“, da ihm im Kontext der Verfolgung einer sauberen Umwelt und nicht zuletzt auch für die Wirtschaftskraft der Region und den damit verbundenen Arbeitsplätzen besondere Herausforderungen immanent sind. Es geht der CDU-Fraktion darum, alle Verkehrsarten in die Stuttgarter Verkehrsentwicklung einzubeziehen und „intelligente“ Verkehrssysteme zu schaffen. Dass Stuttgart unter den europäischen Großstädten hier eine Vorreiterrolle innehaben soll, ist für die CDU selbstredend – Stuttgart als Vorbild.



Intelligente Verkehrssysteme unter Einbezug aller Verkehrsträger

Seit Jahren gibt es die europäische Initiative namens CIVITAS (City Vitality Sustainable Initiative), in deren Mittelpunkt der Austausch von Städten zum Thema Verkehr/ Mobilität steht. Unter den zwischenzeitlich über 200 Teilnehmerstädten findet sich auch die Landeshauptstadt Stuttgart, die sich in der Phase CIVITAS II (2005-2009) an einem co-finanzierten Projekt namens CARAVEL (travelling towards a new mobility) mit Partnern vor Ort sowie mit Partnern der Städte Genua, Krakau und Burgos beteiligt hat.

In der aktuellen CIVITAS PLUS Initiative ist Stuttgart offensichtlich nicht vertreten. Es geht hier um Strategien zum Personennahverkehr, insbesondere auch in Verbindung mit Parkmöglichkeiten für den Pkw-Verkehr sowie um Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen von Verkehrsteilnehmern wie Fußgängern und Radfahrern. Die Europäische Kommission investiert 80 Millionen Euro in das CIVITAS PLUS Programm.

Die CDU-Fraktion hat vor diesem Hintergrund eine Stellungnahme der Verwaltung beantragt, in der die Frage erörtert wird, ob nach den Erfahrungen aus dem Projekt im Rahmen des EU-Programms CIVITAS II eine weitere Teilnahme an CIVITAS PLUS lohnenswert erscheint – als Zusatz zu verschiedenen anderen Programmen und Aktivitäten auf dem Feld Verkehr / Mobilität. Wie die Teilnahme an EU-Programmen durch die Stadt noch besser kommuniziert und vermarktet werden kann, mit dem Ziel, Stuttgart als Stadt der Mobilität international noch besser zu positionieren, ist eine weitere Fragestellung, genauso wie die: Wäre es in Anbetracht dessen, dass die Stadt Stuttgart und verschiedene Akteure in der Region aus dem privatwirtschaftlichen und öffentlichen Bereich bei der Konzeption und Anwendung zukunftsreicher Mobilitätsformen und -systeme überaus aktiv und auch erfolgreich sind, nicht sinnvoll, hier ein optimiertes, im Sinne eines in sich zusammenhängenden Marketings zu verfolgen?